Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 18

Artikel: Die CSSR nach dem Moskauer "Kompromiss" : von Stunden der Wahrheit zu Jahren der Lüge?

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076571

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

9. Jahrgang Nr. 18 Erscheint alle zwei Wochen Bern, 4. September 1968

Die CSSR nach dem Moskauer «Kompromiss»

Von Stunden der Wahrheit zu Jahren der Lüge?

Die Tage des Ueberfalles, des verblüffenden «schwejkschen» Widerstandes und der Standhaftigkeit der entführten tschechoslowakischen Vertreter waren das Drama. Ihm folgt jetzt die Tragödie der sowjetisch verstandenen «Normalisierung». Und ein nächster «Frühling» in Osteuropa ist nicht abzusehen.

«Alle ausländischen Panzer in der Tschechoslowakei zusammen fürchten wir weniger als die 200 NKWD-Beamten in Zivil, die jetzt nach Prag gekommen sind.»

Zu Novotny zurück? Zu viel erhofft!

Der tschechoslowakische Student, der einem westlichen Radioreporter das sagte, wusste warum. Die militärische Okkupation der CSSR ist nämlich nur die Voraussetzung zur Wiederherstellung eines totalitären Regimes unter sowjetischer Kontrolle. Die Vision auffahrender Armeen ist erschreckend, wie sie denn auch aufschreckend war. Die Vision einer sowjetisch verstandenen Normalisierung (nach welcher die Streitkräfte ruhig wieder abziehen können; weit weg sind sie ja nie) aber ist nur unendlich deprimierend und auf sehr, sehr lange Zeit äusserst hoffnungsarm.

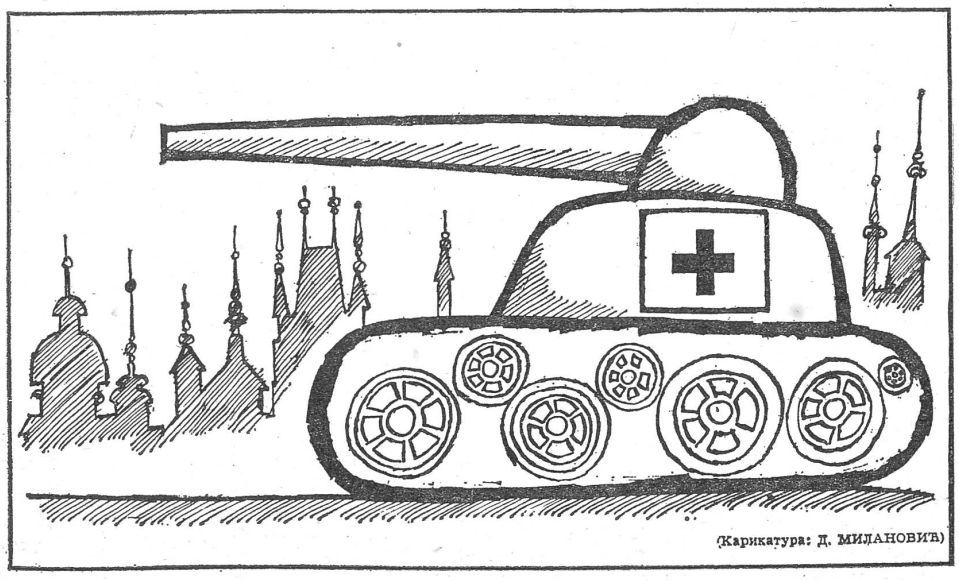
Man hat sowjetischerseits versichert, dass die Tschechoslowakei nicht wieder zum Zustand der Zeit Novotnys zurückzukehren brauche. Vom Wert sowjetischer Zusicherungen einmal abgesehen: Es liegt nichts Tröstliches in dieser Aussage. Tatsächlich kehrt man nicht mehr in die Periode der letzten Jahre zurück, als die stalinistischen Führer die Macht, die progressiven Kräfte aber die Zukunft in den Händen hatten. Man kehrt in wesentlichen Belangen zur Periode nach 1948 zurück, als die sowjetische Kontrolle gesamthaft und detailliert jegliche tschechoslowakische Eigenständigkeit erstickte, auch wenn es sich nur um die Eigenständigkeit der kommunistischen Parteiführung handelte. Damals konnten unter anderem Slansky und seine Gruppe unter tschechoslowakischer Flagge liquidiert werden (von Nichtkommunisten schon gar nicht zu reden), ohne dass irgendeine tschechoslowakische Instanz auch nur mitzureden gehabt hätte. Oh, wenn es doch so wäre, dass man nur zu Novotny und nicht zu Stalin zurückkehrte!

Die Rute küssen, um das Schwert zu sparen

In den Prager Ministerien und Aemtern sind die Büros für die sowjetischen Berater freigemacht worden. Sie werden das Doppel eines jeden Dokumentes und eines jeden Aktenstückes zugestellt erhalten. Sie werden bei jeder Konferenz und Besprechung dabei sein. Sie werden jeden Entscheid von ihrer Billigung abhängig machen. Und sie werden Moskauer Anregungen an die «zuständigen» Stellen weiterleiten. Im Innenministerium zum Beispiel bedeutet diese Kontrolle schwarze Listen, Verhaftungen, Deportationen, möglicherweise eine ganze Anzahl unauffälliger Hinrichtungen. Im ganzen aber bedeutet diese Kontrolle, dass die politischen Institutionen der Tschechoslowakei wieder zur Fassade werden. Von ihnen sagte Dubcek in seiner erschütternden Rede nach seiner Rückkehr, sie seien «eine Realität, die nicht von unserem Willen allein abhängt». Für das Ausland bedeutet das übrigens nebenbei, dass man die offizielle Lüge für bare Münze nehmen kann. Wie auch schon, wie immer wieder.

Die deprimierende Situation erhält ihre Dimension tiefster Tragik dadurch, dass die legalen tschechoslowakischen Führer dazu gezwungen

(Fortsetzung auf Seite 8)



Dringende Hilfe. («Borba», Belgrad)

In dieser Nummer

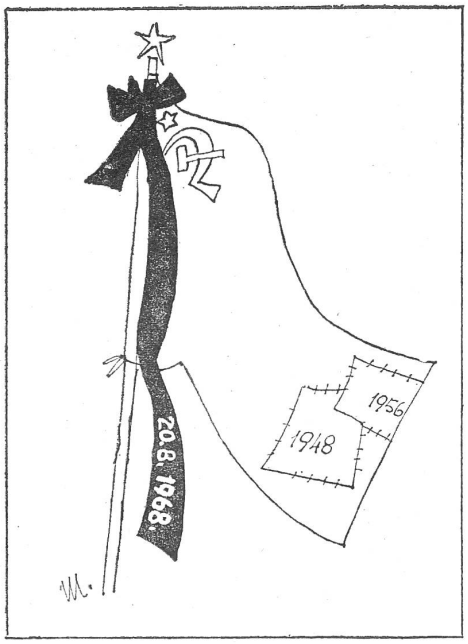
Chronik der Ereignisse 2—4
Der tschechoslowakische Weg und sein Ende.

Ungarn 1956 — CSSR 1968 7/8
Parallelen und Unterschiede.

Die Grundlagen des Antikommunismus 9
Eine nicht überflüssige Wiederholung von Grundsätzen, welche den landläufigen Schablonen widersprechen.

Dubceks Hüter 10
Der kommunistische Demokrat, Herausforderung an wen?

Fehler im Hauptbuch 11
Die edlen Reflexe der besseren Leute in der Publizistik gegen die «kalten Krieger».



Von jetzt an nur für Inlandgebrauch. («Delo», Ljubljana)

kischen Ereignisse haben gezeigt, dass das Schicksal eines zum Sowjetblock gehörenden Landes nur die vollständige Gleichschaltung sein kann, unter Berufung auf die allgemeingültigen Gesetzmässigkeiten des sozialistisch-kommunistischen Aufbaus. Wie im Rahmen einer Diskussion zwischen dem tschechoslowakischen ZK-Sekretär Cisar und dem sowjetischen Akademiemitglied Konstantinow sowjetischerseits in der «Prawda» betont wurde, hat der Leninismus einen allgemeingültigen, für alle sozialistischen Länder und Parteien verbindlichen Charakter; er sei keine russische Erscheinung. Unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus muss also das gesamte Staats-, Wirtschafts-, Kultur- und Gesellschaftsleben gleichgeschaltet werden.

Eine Erinnerung

Am 5. November 1957 um 17.30 Uhr kommentierte der ungarische kommunistische Geheimsender, der sogenannte «Rajk-Sender» (nach dem Namen des Ende 1948 hingerichteten kommunistischen Innenministers), das sowjetische Verfahren mit folgenden Worten:

«Während Panzer und Geschütze Tausende von ungarischen Patrioten töteten, ... gab es auch Verräter unter uns, die sich ... unter Leitung des neuen Rakosis, Janos Kadar, in den Dienst des blutbefleckten russischen Terrors stellten. Den sowjetischen Führern haben wir nichts zu sagen. Sie überzeugten nicht nur die ganze Welt, sondern auch die Kommunisten davon, dass sie sich nicht im geringsten um den Kommunismus kümmern, denn sie haben ihn ... im Interesse des russischen Imperialismus prostituiert. An der UNO-Versammlung erklärte die ganze Welt ihre Meinung, und die öffentliche Meinung hat endlich erkannt, dass ... die Russen den Kommunismus als trojanisches Pferd einsetzten ..., um ihre Kolonien durch blutigen Terror halten zu können ...»

Freilich ist seit diesen kommunistischen Worten eine lange Zeit verstrichen ... ■

Die CSSR nach dem «Kompromiss»

(Fortsetzung von Seite 1)

sind, ihren eigenen Kurs unter sowjetischer Aufsicht zu liquidieren. Während daheim die gesamte Bevölkerung ihre Grösse mit einer Aktion passiven Widerstandes bewies, in welcher der Wille der Nation zum Ausdruck kam wie nie zuvor, zeigten diese Männer ihre Grösse auf viel schwerere Weise dadurch, dass sie die Erniedrigung auf sich nahmen. Sie küssten die Rute, um ihrem Volk das Schwert zu ersparen.

Mit dem unglaublichen Zynismus des sogenannten «Abkommens» von Moskau rächten sich die Sowjets dafür, dass sie keine Quisling-Regierung finden konnten. Und schon gar keinen Staatspräsidenten, der das Patronat dafür übernommen hätte. General Svoboda, Held der Sowjetunion und seinerzeit als Konzession an Moskauer Wünsche zum Präsidenten der Republik gemacht, hielt sich an das Mandat, das ihm die Nationalversammlung der Tschechen und Slowaken gegeben hatte. So griffen die Sowjets zu einer Notlösung. Aber diese ist noch diabolischer ausgefallen, als es die Einsetzung einer freiwilligen Henkerequipe gewesen wäre.

Die Verhandlungen in Moskau hatten diesen Namen nicht mehr verdient als Verhandlungen zwischen Kidnappern und ihren Opfern. Wobei es keineswegs nur um das Leben Dubceks und seiner Leute ging. Ihnen persönlich wäre vielleicht das Schicksal Imre Nagys lieber gewesen. Das tschechoslowakische Parteipräsidium war seit seiner Antwort auf den Warschauer Brief der Sowjetunion und ihrer Satelliten das Risiko eingegangen, das Leben zu verlieren, wenn es die Sowjets auf eine Intervention ankommen lassen würden. Aber jetzt ging es um das Leben der Mitbürger, um die Verhinderung eines zweiten Ungarns. Die Besatzungstruppen hatten 15 Millionen Geiseln in der Hand.

Dubcek war im Laufe des Sommers vom bloss sympathischen Parteichef zum wirklichen Repräsentanten aller Tschechen und Slowaken geworden. In ihm sahen sie ihre gemeinsamen Anliegen verkörpert, aus seiner Kraft schöpften sie ihre Zuversicht. Ich habe in den glücklichen Tagen der tschechoslowakischen Souveränität nicht nur die Jugend «Dubcek, Dubcek!» skandieren hören, ich habe auch einen alten Mann weinen gesehen, als er mir sagte, Dubcek wolle nicht herrschen, sondern dienen. Hätten sich nun Dubcek und seine Kameraden lieber erschiessen lassen, als die Kapitulation zu unterschreiben, so wäre aus dem passiven Widerstand der Bevölkerung der offene Aufruhr geworden, den die Sowjets im Blut erstickt hätten. So mussten diese Männer die Entwürdigung auf sich nehmen, um das Leben von Tausenden zu retten. Sowjetisches Diktat nach einem Blutbad oder sowjetisches Diktat ohne Blutbad — das war die Alternative.

Das «Abkommen» begrüssen

Das ist das fürchterliche «Abkommen» von Moskau. Dass übrigens westeuropäische KPs, die angeblich «für die Tschechoslowakei» gewesen waren, diese Erpressung als gangbaren «Kompromiss» begrüsst haben, ist schlichtweg zum Erbrechen. Und zu denken, dass es diese Leute waren, welche die tschechoslowakischen Progressisten vor falschen (westlichen) Freunden warnten. Und zu denken, dass es ihnen ein hübscher Teil unserer nichtkommunistischen Oeffentlichkeit nachtut, wenn sie argumentiert, die Gegner des Kommunismus hätten kein Recht auf Solidarität mit den Tschechoslowaken.

Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre: hat man doch den Tschechoslowaken gerade die «verräterische Tatsache» angekreidet, dass die Antikommunisten die CSSR-Entwicklung begrüssten. Was beweist das eigentlich? Doch höchstens das, dass die diffamierten Antikommunisten nichts gegen eine sozialistische Gesellschaftsordnung (ohne Privateigentum an Produktionsmitteln) hatten, sondern nur gegen ihre totalitäre Handhabung, die den nationalsozialistischen (in der «progressiven» Lesart «hitlerfaschistischen») Methoden verwandt war. Der Antikommunismus galt nicht einer bestimmten Eigentums- oder Gesellschaftsordnung, sondern ausschliesslich dem Totalitarismus, der bisher den Kommunismus überall begleitet hatte, und nun wiederum begleitet. Totalitarismus aber ist das, was Nationalsozialismus (oder «Hitlerfaschismus» für die Tabuisten der sozialistischen Benennung) gemeinsam haben. Bei einem Sozialismus ohne Totalitarismus lag von dieser Seite her keine Veranlassung zu einer Bekämpfung vor. Den tschechoslowakischen Weg konnten in der Tat nur diejenigen bekämpfen, denen es keineswegs um den Sozialismus, sondern nur um die faschistischen Mittel der Machtausübung ging, wie sie in der Sowjetunion zu

Das Friedenslager in der internationalen Bewegung: «Sollen sie doch enttäuscht sein, wenn sie wollen. Mit ihnen kann man sowieso nicht ehrlich exerzieren.» («Delo», Ljubljana)

Anwendung kommen. Und den tschechoslowakischen Weg militärisch abwürgen konnten nur diejenigen, die eine imperialistische Zielsetzung hatten. Die überall manifest gewordenen Anpasser an die sowjetischen Machthaber haben also in keiner Weise Verständnis für den Sozialismus bekundet, sondern nur für dessen faschistische und imperialistische Ausprägung.

Von der Solidarität mit und ohne Bedingungen

Wer sein Bedauern über die sowjetische Aggression ausschliesslich darauf gründet, dass sie tragischerweise einem sozialistischen Staat gegolten habe, der anerkennt indirekt ein Interventionsrecht gegen einen Staat, der den Sozialismus tatsächlich hätte verlassen wollen. Und das schliesst eine Verneinung der Souveränitätsrechte jedes Landes, unbeschadet seiner bestehenden oder gewünschten Gesellschaftsordnung, ein. Abgesehen davon, dass hier die Frage nach dem, was man als Sozialismus zu betrachten habe und was nicht, die Gutheissung oder Ablehnung der Intervention zur Ermessensfrage macht. Genau der sowjetische Fall also.

Stellt euch einmal vor, Kinder, Frankreich würde die Schweiz mit einer Okkupation bedrohen. Und nun würde es in Drittstaaten Leute geben, die uns mit dem Argument unterstützen wollten, Frankreich habe kein Recht dazu, da in der Schweiz die bürgerliche Gesellschaftsordnung keineswegs gefährdet sei. Unsere bürgerlichen Politiker würden sich für diese Solidaritätsbegründung schön bedanken. Die tschechoslowakischen Kommunisten dürfen sich die öffentliche Zurückweisung analoger «Solidarität» natürlich nicht leisten und durften es nie. Aber ich kann mir vorstellen, was sie sich dabei denken. Wenn ich schon unter den tschechoslowakischen Kommunisten keine Genossen habe, habe ich unter ihnen doch Freunde.

Deshalb ist unsere Solidarität und Freundschaft, gelinde gesagt, gültiger: sie stellt keine Gesinnungsvorschrift zur Bedingung.

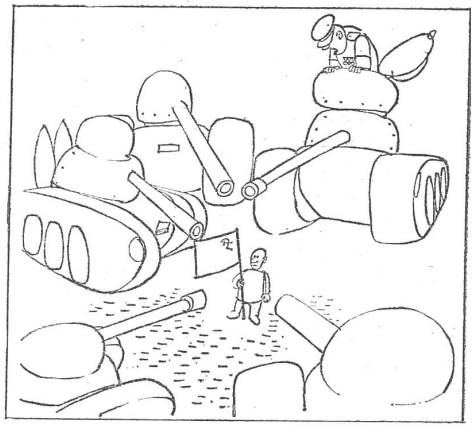
Wer übrigens treuherzig und bestürzt den Schaden bejammern will, den die Sowjetunion sich selber zugefügt habe («Leider, leider, so eine Fehleinschätzung der CSSR, welch tragischer Missgriff!»), der mag sich trösten: Die UdSSR hat den zeitweiligen Prestigeverlust vorderhand machtmässig reichlich kompensiert:

Die Bilanz der Macht

Nach einer siebentägigen Okkupation hat die Sowjetunion mit dem Recht des Stärkeren die Tschechoslowakei wieder zur Raison gebracht. Der «Prager Frühling» hat sich als ein Zwischenspiel erwiesen. Das Experiment «sozialistische Demokratie» ist in Osteuropa so lange nicht möglich, als Moskau es nicht zulassen will. Und dieser Fall zeichnet sich nicht ab, ganz im Gegenteil.

Was ist das Fazit der Besetzung und des Moskauer «Abkommens», das heisst Diktates? Die Sowjetunion hat den Ostblock wieder zusammengefügt. Ihre Machtposition ist in Osteuropa unangefochtener als je in den letzten Jahren. Mit dem Exempel ist auch Rumänien, dem offensichtlich ein Ultimatum gestellt wurde, in die Schranken gewiesen. Und andere Länder kommen nicht mehr in Versuchung, die Zusicherung der Möglichkeit vom «eigenen Weg zum Sozialismus»» auch noch zu glauben. Die «schöpferische Anwendung» der kommunistischen Prinzipien auf die einzelnen Länder bedeutet zur Hauptsache, dass man verbindliche russische Vorschriften auch in andere Sprachen übersetzen darf. Die sowjetische Macht steht noch besser etabliert da als in den letzten Jahren der Aera Novotny.

Zurück bleibt unsere Ohnmacht. Und die mutmassliche Tatsache, dass wir uns mehrheitlich recht gut mit ihr abfinden werden. ■



Für die reine Linie (ein Gedankenspiel): «Ich sag es dir zum letzten Mal: diskreditiere nicht den Sozialismus.» («Delo», Ljubljana)

Einmal mehr — keinmal zuviel:

Die Grundlagen des Antikommunismus

Mit dem Ruf «Dubcek — Svoboda» haben Hunderttausende im Westen gegen den Einmarsch sowjetischer und anderer Truppen in die Tschechoslowakei protestiert. Mit dem Hinweis, Dubcek und Svoboda seien Kommunisten, wird bereits Verwirrung gestiftet: der Antikommunismus sei überholt, und wir müssten jetzt für den (tschechoslowakischen) Kommunismus sein. Zur Klärung falscher Vorstellungen lassen wir eine Stellungnahme folgen, die am 8. März 1967 an dieser Stelle veröffentlicht worden ist.

«Als Ausdruck der tiefen geistigen Krise und des äussersten Niederganges der bürgerlichen Ideologie entstellt der Antikommunismus die marxistische Lehre in ungeheuerlicher Weise, verleumdet er die sozialistische Gesellschaftsordnung aufs gröblichste, verfälscht er die Politik und die Ziele der Kommunisten und betreibt eine Hetze gegen die demokratischen, friedliebenden Kräfte und Organisationen.»

Dieser Satz steht in der Erklärung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien, die sich im November 1960 zur vorläufig letzten gemeinsamen Konferenz zusammenfanden. An jener Beratung ist kommunistischerseits der Anti-Antikommunismus aus der Taufe gehoben worden: Will man die Interessen der Werktätigen erfolgreich vertreten, den Frieden erhalten und die sozialistischen Ideale der Arbeiterklasse verwirklichen, so muss man den Antikommunismus entschieden bekämpfen, diese vergiftete Waffe, deren sich die Bourgeoisie bedient, um die Massen dem Sozialismus fernzuhalten.»

Der damals aufgenommene Kampf gegen den Antikommunismus wurde wohl vorbereitet und treibt heute nun die verschiedensten Blüten. Es ist kein sachliches Gespräch, keine geistige Auseinandersetzung daraus geworden, die man begrüsst hätte, sondern eine Spiegelfechterei. Die Methode ist einfach genug: dem Antikommunismus wird eine Haltung unterschoben, die leicht widerlegt werden kann.

Dennoch ist es dank der enormen Mittel, welche die kommunistische Bewegung einzusetzen vermag, dank auch eines grossen Geschickes und jahrzehntelanger Erfahrungen gelungen, viele Geister zu verwirren und viele Fragen zu verfälschen.

Zu den kommunistischen Frontkämpfern in dieser Auseinandersetzung gesellen sich — teils bewusst und teils unwissentlich — auch ernste Demokraten aus den Rängen der Pazifisten und Nonkonformisten etwa, oft ohne zu merken, dass sie als wahre Pazifisten und Nonkonformisten grundsätzlich Antikommunisten sein müssten.

Sicher ist es an der Zeit, die grundsätzliche Haltung wieder einmal abzugrenzen, zunächst des Antikommunismus und seines Verständnisses des Kommunismus, später dann auch des Nonkonformismus.

Der Antikommunismus, wie wir ihn verstehen, ist keine Ideologie, sondern eine gegenüber der kommunistischen Aggression besonders formulierte Haltung der Freiheit und Toleranz. Gegenüber andern konkreten Bedrohungen der Freiheit und Toleranz sind andere ebenso klare Haltungen zu formulieren, zum Beispiel Antinationalsozialismus oder Antifaschismus.

Wenn wir die Freiheit als persönliche Zuständigkeit zur sittlichen Entscheidung definieren und aus Toleranz diese Zuständigkeit jedem Individuum zubilligen, so folgt daraus, dass ein der Freiheit und Toleranz verpflichteter Mensch keine Glaubensinhalte irgendwelcher Art bekämpft. Er mag einigen zustimmen, er mag andere ablehnen; er mag seine Zustimmung oder Ablehnung dieser oder jener Glaubensinhalte öffentlich bekunden: nie aber wird er mit Ge-

(Fortsetzung auf Seite 10)